



Innenausschuss

9. Sitzung (öffentlich)

25. Januar 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung	5
1. Aktuelle Viertelstunde: Bilanz des Orkans „Friederike“ in Nordrhein-Westfalen	7
2. Siebtes Gesetz zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen	11
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1671	

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf Drucksache 17/1671 anzunehmen.

- 3. Richtlinien der Landesregierung für Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus aus Billigkeitsgründen (Härterichtlinien NRW)** 12
Vorlage 17/419
- 3. Wie geht die Landesregierung mit dem hohen Mehrarbeitsstand bei der Polizei um?** 15
Vorlage 17/197
Vorlage 17/494
- 4. Linksextremismus und dessen Bekämpfung im Nachgang zu den Unruhen im Rahmen des G 20 Gipfels in Hamburg vom 07. bis 08. Juli 2017** 16
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/481
- 5. Osmanen Germania Rockergruppe und die Beziehungen zum türkischen Staat und seines aktuellen Präsidenten, Erdogan** 18
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/482
- 6. Schutz für gefährdete Kritiker der türkischen Regierung in NRW** 20
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/483
- 7. Abstimmungsverhalten von NRW bei der IMK vom 7. Dezember 2017 zu TOP 3 (Verlängerung Abschiebestopp Syrien)** 21
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/484
- 8. Welche Hintergrundinformationen gibt es zu den beiden Todesfällen im Polizeigewahrsam in Essen und in Gummersbach?** 22
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/485

9. Vorzeitige Beendigung des Pilotprojekts zur Erprobung des Einsatzes von Bodycams im täglichen Polizeidienst 23

Bericht der Landesregierung

10. Verschiedenes 24

* * *

2. Siebtes Gesetz zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1671

Berivan Aymaz (GRÜNE) führt aus, der Gesetzentwurf enthalte einige gute Punkte, die ihre Fraktion mittragen könne, allerdings auch problematische. So könne ihre Fraktion nicht nachvollziehen, warum die Beobachtung zugriffssicherer Kommunikation, die bislang noch nicht zur Anwendung gekommen sei, entfristet werde.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf Drucksache 17/1671 anzunehmen.

